

Terminalstandort für den Kombinierten Verkehr in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg

- Potenzialanalyse

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungs-, Wirtschafts- und Verkehrsausschuss beschließt, dass sich der Regionalverband an der Erarbeitung einer Potenzialanalyse für ein mögliches KV-Terminal in der Region inhaltlich und finanziell beteiligt.

Sachverhalt und Begründung:

Das derzeitige und zukünftig auch weiterhin erwartbare starke Wachstum im Güterverkehr zeigt in zunehmendem Maße die Leistungsgrenzen der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur auf. Insbesondere auf der Straße ist bereits heute schon kaum mehr ein weiterer Zuwachs möglich. Daher ist es aus wirtschaftlicher und ökologischer Sicht unabdingbar, den Güterverkehr verstärkt auf die Schiene und das Binnenschiff zu verlagern. Hierfür wird ein möglichst flächendeckendes und bedarfsgerechtes Netz an Umschlagstellen für den sog. Kombinierten Verkehr (KV) benötigt, an denen ein Verkehrsträgerwechsel von der Straße auf die Schiene und/oder das Binnenschiff erfolgen kann.

Schon seit mehreren Jahren wird im südlichen Baden-Württemberg über Ausbaukonzeptionen diskutiert, die den deutlichen Mangel an Terminalkapazität für das Gebiet südlich von Stuttgart beheben könnten und eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung darstellen könnten. Aktuelle Entwicklungen lassen aber daran zweifeln, dass ein Standort für ein Terminal südlich von Stuttgart kurzfristig realisiert wird. Derzeit sind lediglich eine Machbarkeitsuntersuchung und Vorplanungen für ein Terminal in Horb-Heiligenfeld in Sicht.

Vor diesem Hintergrund sollen durch die Aufstellung einer Potenzialanalyse die Möglichkeiten und Grenzen eines Terminals für den Kombinierten Verkehr in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg analysiert und fundiert dargestellt werden. Das Ergebnis soll den Bedarf, d.h. die Nachfrage im Einzugsgebiet sowie die Güter- und Warenpotenziale darstellen. Bei positivem Ergebnis sollen dann in einer Standortanalyse potenzielle Standorte in der Region vor allem hinsichtlich ihrer Flächendimension, ihrer raumplanerischen und ökologischen Eignung sowie ihrer sowohl straßen- als auch schienenseitige verkehrlichen Anbindung untersucht werden. Auch die Bereitschaft der KV-Operateure und der Eisenbahnverkehrsunternehmen zur Einbeziehung des Standorts in ein Angebot des Kombinierten Verkehrs sowie die kommunale Bereitschaft zur Logistiksiedelung auf der Fläche sollen berücksichtigt werden. Für diese Arbeiten soll im Anschluss an ein Vergabeverfahren ein Dienstleister beauftragt werden. Der Mehrwert der Untersuchung soll letztlich darin bestehen, die Entscheidungsträger mit fundierten Daten zu unterstützen. Auf der Grundlage einer belastbaren Studie soll es dann auch möglich sein, Gespräche mit potenziellen Terminal-Betreibern zu führen.

Unabhängig von der erst in einem späteren Schritt zu erarbeitenden Standortanalyse konnten bereits von der Industrie- und Handelskammer Schwarzwald-Baar-Heuberg im Rahmen ihrer Beratungen im IHK-Verkehrsausschuss erste Erkenntnisse zu einem möglichen Standort in der Region gewonnen werden. So wurde als möglicher Standort eine Fläche in der Gemeinde Deißlingen im Industriegebiet Mittelhardt vorgeschlagen. Dieser Standort befindet sich an der Ringzughaltestelle „Trossingen Bahnhof“ und somit direkt an der für eine Elektrifizierung vorgesehenen Bahnlinie Villingen-Rottweil. Zudem sind dort die Relationen sowohl zur Gäubahn als auch zur Schwarzwaldbahn kurz. Auch die straßenseitige Anbindung durch die direkte Lage an der A 81 sowie der B 27 und B 523 mit aufgrund der außerörtlichen Lage geringen Lärmbelastungen für die Bevölkerung sprechen für diesen Standort. Für den Warenverkehr begünstigend hinzu kommt die Lage des Zollamts Deißlingen unmittelbar im Industriegebiet. Dieser Standort soll deshalb in besonderem Maße, jedoch nicht ausschließlich, in der Standortanalyse berücksichtigt werden. Herr Martin Schmidt, stellv. Geschäftsbereichsleiter Standortpolitik bei der IHK und dort als Projektleiter für den Bereich Logistik/Verkehr/Infrastruktur zuständig, wird in der heutigen Sitzung über den Hintergrund, den aktuellen Sachstand sowie das weitere Vorgehen berichten.

Die Verbandsverwaltung begrüßt die Prüfung eines möglichen KV-Terminals in der Region, so dass sie hierzu – auch um dabei die raumordnerische Verträglichkeit eines möglichen Standortes zu gewährleisten – ein gemeinsames Vorgehen zwischen IHK und Regionalverband

empfiehlt. Der Anteil des Regionalverbandes an den Kosten für die Potenzialanalyse kann im Rahmen der Ansetzungen des laufenden Haushaltsplans finanziert werden. Über das Ergebnis der Studie wird in einer der nächsten Sitzungen berichtet.

Villingen-Schwenningen, den 12. November 2019

Andreas Hemesath